

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

11.12.1928 (No. 290)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruhe, Ertel-
straße Nr. 14
Herausgeber:
Nr. 955
und 954
Postfachstelle
Karlsruhe
Nr. 3015

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. Krenz
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 2,25 RM, einschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Rpf. — Samstag 15 Rpf. — Anzeigengebühr 14 Rpf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verkostet werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden u. werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Stagerhebung, zwangsweiser Verteilung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Ausschreibung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Anwerter keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verantwortung für irgendwelche Vergütungen übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 28. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralanleihebogen für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die 53. Ratstagung in Lugano

Die Besprechungen der Staatsmänner
M. Berlin, 11. Dez. (Priv.-Tel.) Meldungen aus Paris zufolge wird in vorliegenden politischen Kreisen betont, daß die bisherigen Besprechungen in Lugano vollkommen unverbindlich gewesen sind. Auch die freundlichen Zusagen, die man Stresemann gegeben habe, ändern nichts daran. Man ist vollkommen fest in Paris, da England eine Erklärung abgegeben hat, in der Reparationsfrage mit Frankreich zusammenzugehen, nachdem dieses die Walfournote als grundlegend anerkannt hat.

In Washingtoner Finanzkreisen wird jetzt als amerikanischer Beobachter auf der künftigen Sachverständigenkonferenz Mayron Taylor von der Steel Company genannt, das Owen Young, den man ursprünglich in Aussicht genommen hatte, es ablehnte, längere Zeit an der Konferenz teilzunehmen.

Der Mittwoch brachte eine Fortsetzung der Ministerbesprechungen. Briand und Chamberlain hatten schon am Sonntagmorgen vor der Ratstagung eine längere Unterredung miteinander gehabt. Am Mittag führte ein Diner des italienischen Untergeneralsekretärs des Völkerbundes Paulucci den englischen Außenminister mit dem italienischen Unterstaatssekretär Grandi zusammen. Sodann sprach Chamberlain 1½ Stunden bei Außenminister Stresemann. In dieser Besprechung wird erklärt, daß weder von der Reparationsfrage, noch über Abrüstungsfragen gesprochen wurde. Es sei anzunehmen, daß der hauptsächlichste Gegenstand der Unterhaltung die Erklärung des englischen Außenministers vor dem Unterhaus über Artikel 431 des Versailler Vertrages und die englische Rechtsauffassung über die Räumungsfrage bilde. In den nächsten Tagen wird Dr. Stresemann Briand und Chamberlain seine Gegenbesuche machen, wobei die Besprechungen fortgesetzt werden. Ob es auch zu Kollektivbesprechungen der Minister kommen wird, ist noch nicht sicher. In einem Empfang der britischen Pressevertreter bei Außenminister Chamberlain unterstrich dieser, daß die Lage keine pessimistische Beurteilung aufkommen lassen dürfe.

Die Montagtagung des Rats

Im Kurzaal von Lugano fand am Montagmittag nach der geschlossenen ersten Sitzung eine öffentliche Sitzung des Völkerbundsrates statt, die von Briand mit herzlichen Worten der Begrüßung und Beglückwünschung an die von schwerer Krankheit genesenen Außenminister Stresemann und Chamberlain sowie an den wieder Rumänien vertretenden Herrn Titulescu eröffnet wurde, welche ihrerseits dem Vorsitzenden kurz dankten. Dabei sprach Dr. Stresemann insbesondere auch für die auf seinen Wunsch erfolgte Verlegung der Tagung seinen Dank aus.

Darauf wurden in wenig mehr als einer Viertelstunde einige Geschäfte behandelt oder besser gesagt ihre Ablehnung von der Tagesordnung oder Vertagung beschlossen, so der ungarisch-rumänische Opiumstreit, über den am 15. Dezember die im Herbst beschlossenen direkten Verhandlungen beginnen, der Tätigkeitsbericht der Mandatskommission, der erst im März vorliegen wird, die eventuelle Herabsetzung der Zahl der jährlichen Ratstagungen, welche Maßnahme für das nächste Jahr bis September sowie keine Auswirkung mehr hätte und die Vorbereitung der Revision des Statuts des Internationalen Gerichtshofs, zu welcher Scialoja empfahl, es möchten bis zur nächsten Tagung sämtliche Mitglieder des Rates individuelle Vorschläge machen.

Einberufung der vorbereitenden Abrüstungskommission

WTB. London, 11. Dez. (Tel.) Wie „Daily Herald“ aus Lugano meldet, soll vereinbart worden sein, den vorbereitenden Abrüstungsausschuß in der zweiten Februarwoche einzuberufen.
Der Abrüstungsausschuß soll bekanntlich nach dem Beschluß der letzten Bundesversammlung des Völkerbundes von seinem Präsidenten London spätestens im März nächsten Jahres einberufen werden, um die seit bald zwei Jahren ins Stocken geratenen Vorarbeiten für die Einberufung einer ersten internationalen Abrüstungskonferenz wieder aufzunehmen, auch wenn bis dahin die Meinungsverschiedenheiten über die Seeabrüstung und die auszubildenden Reserven des Landheeres noch nicht beseitigt sind.

Eine saarländische Delegation in Lugano

Eine saarländische Delegation mit Kommerzienrat Adhling und Vertretern sämtlicher Parteien des Saarländischen Landtagsrat ist Montag nachmittag in Lugano eingetroffen. Bekanntlich stehen auf der Tagesordnung der Ratstagung außer dem nachträglich aufgenommenen Antrag auf Aufhebung einer Völkerbundsanleihe für das Saargebiet auch die Erneuerung der Mandate der Mitglieder der Saarregierungscommission auf ein weiteres Jahr.

Deutscher Städtetag gegen Steuerbefreiung der Kirchen.
Nach einem Vortrag des Präsidenten Dr. Wulert im Vorstand des Deutschen Städtetages in Leipzig entwickelte sich eine lebhafte Aussprache über die Frage des Finanzausgleichs. Sodann protestierte der Vorstand des Deutschen Städtetages in einem Telegramm an den Steuerausschuß des Reichstags gegen den Versuch, die Lote Hand von der Grunderwerbsteuer zu befreien.

Das Befinden des Königs von England gibt weiterhin Anlaß zur Besorgnis.

Letzte Nachrichten

Deutscher Protest zum Ludwigshafener Plakatverbot

M. Berlin, 11. Dez. (Priv.-Tel.) Im Auftrag des Ministeriums für die besetzten Gebiete hat der Reichskommissar gestern bei der Koblenzer Interalliierten Rheinlandkommission Einspruch gegen das Verbot des Ludwigshafener Plakats erhoben. Diese Angelegenheit ist auch heute im Reichstagsausschuß für die besetzten Gebiete besprochen worden, wobei der Reichsminister von Götterb den beiführenden unternehmenen Schritt unterstrich.

Das Bürgermeisteramt Ludwigshafen veröffentlichte einen Protest der politischen Parteien des Stadtrats, mit Ausnahme der Kommunisten, in dem auf das Verbot des Plakatverbot anlässlich der gehijährigen Besetzung der Stadt durch die Franzosen hingewiesen und gesagt wird: „Unsere Kundgebung war in keiner Weise gegen die Befragung gerichtet; sie war außerdem bereits zwei Tage an den Plakatwänden der Stadt angebracht und in sämtlichen Zeitungen veröffentlicht, ohne daß die öffentliche Ordnung auch nur im geringsten berührt wurde.“

Die heutige Reichstagsitzung

WTB. Berlin, 11. Dez. (Tel.) Vor Beginn der Plenarberatungen halten heute die Deutschnationalen, die Deutsche Volkspartei, die Demokraten und die Wirtschaftspartei Fraktions-sitzungen ab. Auf der Tagesordnung der Vollziehung stehen zunächst Auslandsverträge, und zwar das Genfer Protokoll wegen Verbot des Gaskriegs, das Protokoll und der Notenwechsel zum Handelsabkommen mit Frankreich, der Handelsvertrag mit der südafrikanischen Union, und die Handelsverträge mit Panama und China, ferner das neue Gesetz zur Entlastung des Reichsgerichts, der Staatsvertrag wegen des Überganges der Wasserstraßen auf das Reich, die Novelle zur Unfallversicherung, die zahlreicheren Anträge der Parteien wegen eines Rentenergänzungs (Rentenversicherung), ein neues Gesetz über Hypotheken und Schiffsrechte ausländischer Währung, die Verlängerung des Gesetzes über den Verkehr mit unedlen Metallen und die vom Reichsrat soeben verabschiedete Zuderzollerhöhung.

Die gegenwärtigen Konsequenzen der Weltwirtschaftskonferenz

WTB. Berlin, 11. Dez. (Tel.) Das Reichskabinett und zwar der Wirtschaftsminister, der Finanzminister, der Außenminister und der Ernährungminister gemeinschaftlich, legen dem Reichstag soeben den Entwurf eines Gesetzes zur Ausführung der Empfehlungen der Weltwirtschaftskonferenz vor. Das Gesetz bedeutet die Ratifizierung dreier internationaler Abkommen, nämlich das Abkommen zur Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote und -beschränkungen, die Vereinbarung über die Ausfuhr von Häuten und Fellen und die Vereinbarung über die Ausfuhr von Knochen. Diese Abkommen sollen den Abschluß von Handelsverträgen erleichtern.

Von den in anderen Ländern bestehenden bestehenden Verböten erwartet die Begründung zu dem Gesetzentwurf eine nachteilige Wirkung für die deutsche Wirtschaft nur von dem englischen und japanischen Einfuhrverbot für Farben, während die nachteilige Wirkung des allen Ländern mit eisenschaffenden Industrien zugehenden Ausfuhrverbotes für Schrott durch die Aufrechterhaltung auch des deutschen Ausfuhrverbotes bis zu einem gewissen Grade kompensiert wird. Auf das Ein- und Ausfuhrverbot für Kohle konnte Deutschland nicht verzichten. Dagegen verfallen der Aufhebung der deutschen Ausfuhrverbote für Häute, Felle und Knochen, für Nohaluminium und für Filme. Eine Reihe von Zolltarifänderungen, die infolge der Aufhebung von Einfuhrverboten notwendig werden, ist dem Entwurf beigelegt. So soll z. B. der Zoll auf Fahräder von bisher 300 RM wieder auf den Vorkriegssatz von 150 RM ermäßigt werden. Ferner wird in Angleichung an die Vereinbarungen mit Serbien eine Herabsetzung des Zolles auf Mais und Gerst für Viehfütterung unter Zollsicherung von 3,20 RM auf 2,50 RM für den Doppelpentner in Aussicht genommen. Schließlich soll der Finanzminister die Ermächtigung erhalten, im Interesse unserer Metallhüttenindustrie den Schrott der Nichtfermetalle, also Messing, Kupfer, usw., zollfrei zu lassen.

Gründung einer katholischen Partei im Elsaß

WTB. Paris, 11. Dez. (Tel.) Gavas berichtet aus Straßburg, daß dort eine Sitzung des provisorischen Ausschusses zur Gründung der neuen katholischen Partei stattgefunden hat, die von dem aus der Republikanischen Volksvereinigung ausgeschiedenen Abgeordneten Weymann vorbereitet wird. Die endgültige Gründung der neuen Partei und die Veröffentlichung ihres Programms sollen demnächst erfolgen.

Das Reichskabinett erledigte am Montag neben anderen laufenden Angelegenheiten den Entwurf eines Gesetzes über die Vermögensverhältnisse, die nunmehr dem Reichsrat zugeleitet wird.

Die Befestigungsstände im Rheinland unverändert. Wie das Pariser „Journal“ meldet, sei die Befestigungsstände im Rheinland auch für das 1. Vierteljahr 1929 unverändert gelassen worden, lediglich Belgien verfürze 1929 Befestigungs um 320 Mann.

* Die drei Außenminister

Die ersten Besprechungen zwischen Briand, Stresemann und Chamberlain in Lugano haben stattgefunden. Über die Einzelheiten wird strengstes Stillschweigen bewahrt. Doch sind über den allgemeinen Verlauf der Besprechungen genügend Mitteilungen, darunter auch offiziöser Natur, veröffentlicht worden, so daß man sich schon ein ungefähres Bild von dem bisherigen Verlauf der Dinge machen kann.

Stresemann ist bekanntlich mit den Gefühlen eines tiefen Pessimismus nach Lugano gefahren, und er hat sich Briand und Chamberlain gegenüber sehr offen ausgesprochen. Anscheinend sind seine Worte nicht ganz ohne Eindruck geblieben. Denn auf einmal hören wir, daß Chamberlain wieder Wert darauf legt, seine Vermittlerrolle zwischen Frankreich und Deutschland zu betonen. Vielleicht hat ihm auch die Lektüre eines Teils der englischen Presse gezeigt, wie sehr man seine ganz im französischen Fahrwasser segelnde Politik der letzten Zeit in seinem eigenen Vaterlande kritisiert. Vielleicht hat er sich auch davon überzeugt, daß, wenn England überhaupt noch eine Politik friedlicher und verständlicher Tendenzen in Europa wünscht, Deutschlands begreiflicher Erregung jetzt einigermaßen Rechnung getragen werden muß.

Und auch Briand selbst scheint sich Mühe gegeben zu haben, Stresemann zu beschwichtigen. Er hat dabei von Mißverständnissen gesprochen, auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die dem Verhandlungsverlauf entgegenstehen und von vornherein ein langsames Tempo vorschreiben, er hat Stresemann von neuem auf die angeblich großen Vorteile aufmerksam gemacht, die für Deutschland aus dem Locarnovertrag und aus der Locarnopolitik entspringen seien, und er hat sich sachlich vor allem auf die Erledigung der Reparationsfrage konzentriert, da er der Meinung ist, daß man hier noch am ehesten zu einer Einigung gelangen könnte, zumal ja die Sachverständigenkommission in einigen Wochen zusammentreten wird.

Rein formell hat er auf die Verquickung von Räumungsfrage und Reparationsfrage verzichtet. Für uns bedeutet das gar nichts. Wir müssen nun eben warten, bis die Reparationsfrage so oder so erledigt worden ist. Denn es spricht nicht das geringste Anzeichen dafür, daß Frankreich, und mit ihm Briand jene Trennung der beiden Fragen so verstanden wissen will, daß nun ohne Rücksicht auf das Ergebnis der neuen Reparationsverhandlungen das noch besetzte Rheinland schon morgen oder übermorgen ganz oder zum größten Teile geräumt wird.

Zweifellos haben Briand und Chamberlain in Lugano im ganzen doch ihre bisherige Politik fortgesetzt. Sie besteht darin, Deutschland und Herrn Stresemann allerhand Erfreuliches und Verbindliches zu sagen und uns mit schönen Worten möglichst zu beruhigen, im übrigen aber auf jegliche Handlung zu verzichten, die wirklich ein Entgegenkommen darstellen könnte. Wie wenig die Locarnopolitik einstweilen auf Frankreichs Entschlüsse abgefärbt hat, zeigt uns am besten der Teil aus der letzten Rede Briands, der sich auf die Ausfuhrfrage bezieht.

Briand hat erklärt, Frankreich und seine Verbündeten würden nicht nur die in aller Form vollzogene, staatsrechtliche Verschmelzung von Österreich und Deutschland verbieten, sondern auch jede stillschweigende Angleichung, welche versuche, die Öffentlichkeit vor eine vollzogene Tatsache zu stellen. Er hat gemeint, eine solche Angleichung würde eine Sündflut sein, die geeignet sei, „den Frieden zu stören“.

Und dann hat Briand sich eine Definition des Selbstbestimmungsrechts geleistet, die so ungeheuerlich ist, daß man sich fragen muß, wie jemand in einer demokratischen Republik Außenminister sein kann, der solche Auffassungen hegt. Briand hat wörtlich gesagt:

„Wenn neun Zehntel der Bevölkerung eines Staates den Selbstmord wünschten, das heißt, die Streichung ihres Landes von der Landkarte der Welt, und wenn auch nur ein einziges Zehntel der Bevölkerung der Vergangenheit der Nation treu bliebe und gegen das Verschwinden von der Landkarte wäre, würde diese Minderheit das Recht haben, daß ihr Wille respektiert würde.“

Diese Sätze sind nach dem Parlamentsbericht auf allen Bänken der Kammer — mit Ausnahme der der Sozialisten und Kommunisten — mit stürmischem Beifall aufgenommen worden. Faktisch enthalten sie die Achtung des demokratischen Prinzips. Gleichzeitig würden sie

Die Möglichkeit, überhaupt noch eine Willenserklärung einer Nation zustande kommen zu lassen, einfach vernichten. Wenn es dahin kommen würde, daß bei den Willenssätzen einer Nation der Wille einer verschwindenden Minderheit von 10 Proz. maßgebend ist, dann braucht man demokratische Staatspolitik überhaupt nicht mehr zu treiben, dann proklamiert man damit die Gewalttätigkeit zugunsten einer kleinen Minderheit. Was Briand da gesagt hat, ist der gefährlichste Volkswissenschaftler, den man sich denken kann.

Jedenfalls veranlaßt uns auch diese neue Äußerung Briands wieder, die außenpolitische Zukunft Deutschlands und damit Europas recht wenig hoffnungsvoll zu betrachten. Was haben wir von einem Staatsmann zu erwarten, der solche Anschauungen hegt, Anschauungen, die doch nur dann begrifflich erscheinen können, wenn man sie sich durch eine jedes vernünftige Maß übersteigende Verständnislosigkeit, wenn nicht geradezu Feindseligkeit dem deutschen Volke gegenüber erklärt! Weiterhin soll also der brutale Wille von Nationen gelten, die dank der Hilfe einer fremden Macht, nämlich Amerikas, Deutschland und Österreich besiegt haben! Mit einer solchen Politik der Brutalität ist allerdings der Gedanke von Locarno und schließlich auch die Grundidee des Völkerbunds nicht vereinbar.

Die Auslegung des Artikels 431

Erklärungen im Oberhaus und Unterhaus

Im englischen Oberhaus eröffnete am Montag Lord Parmoor (Arbeiterpartei) eine Debatte über Artikel 431 des Versailler Vertrages. Er sagte: Die damaligen abgegebenen Erklärungen zeigen, daß die etwas engherzige Auslegung des Artikels durch Chamberlain nicht die echte Auslegung ist. Die Auslegung, die ich für die richtige halte, ist, daß Deutschland den Beweis erbringen muß, daß es seine Reparationszahlungen regelmäßig leistet. Es liegt auf der Hand, daß die Unterzeichner des Versailler Vertrages nicht gewollt haben, daß die Räumung bis zur tatsächlichen Bezahlung aller Reparationen aufgeschoben werden sollte. Die 1919 von Präsident Wilson, Clemenceau und Lloyd George unterzeichnete Erklärung stellt diese Angelegenheit über jeden Zweifel hinaus klar.

Der Lordkanzler Lord Halsbury, der an Stelle des abwesenden Lord Cusheaden für die Regierung sprach, führte aus: Die Auslegung des Artikels 431 ist gegenwärtig Gegenstand einer wirklichen Kontroverse zwischen Frankreich und Deutschland. Die britische Regierung wünscht, daß, wenn möglich, eine Vereinbarung erreicht werde, die zu einer baldigen Räumung des Rheinlandes führen würde. Ob es wahrscheinlich ist, daß Chamberlains Bemühungen, eine solche Vereinbarung herbeizuführen, dadurch gefördert werden, daß Nachdruck auf die Tatsache gelegt wird, daß Chamberlain die legale Auffassung Frankreichs und nicht Deutschlands vertritt, ist eine Frage, über die sich das Haus seine eigene Ansicht bilden kann.

Der Artikel 431 gehört zu einer Gruppe von Artikeln, die „Garantien Westeuropas“ überschrieben seien. In diesen Artikeln wird dargelegt, daß die 15jährige Befestigung des Rheinlandes als Garantie für die Ausführung des Vertrages vorgeschrieben wird. Der Artikel 429 sagt, daß diese bei getreuer Erfüllung der Verpflichtungen Deutschlands die Befestigung allmählich eingeschränkt werde. Hiernach werden dann drei Räumungsperioden von fünf Jahren angeführt. Aber wie könne davon die Rede sein, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllt habe, bevor es die Reparationen bezahlt habe? Wenn Deutschland seine Schuld sofort im Wege der Obligationenausgabe bezahle, dann würde die Räumung sofort beginnen können. In einer Erklärung der Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreichs vom Juni 1919 wird erklärt, daß die drei Unterzeichner untereinander eine Vereinbarung treffen könnten, die Befestigung vor Ablauf der 15 Jahre aufzuheben. Der Lordkanzler erklärte schließlich, daß eine Zurückziehung nur der englischen Truppen für Deutschland keine Erleichterung sei, da ja dann französische Truppen in dieses Gebiet einzuziehen würden. Zum Schluß betonte der Redner, daß England wünscht, dieses Problem allein vom Standpunkt gegenseitigen guten Willens zu behandeln und dabei mitzubedenken, daß unter den beteiligten Nationen ein Gefühl der Sicherheit und Freundschaft entsteht.

Im englischen Unterhaus erklärte in Beantwortung einer Anfrage Unterstaatssekretär Lord Lampton: Sir Austen Chamberlain hat am letzten Montag, sowohl die juristische als auch die politische Seite der Frage nach Auffassung der Regierung dargelegt. In seinem Auftrage habe ich zu erklären, daß es nach seiner Meinung nicht zum Einberufen oder zum Fortschritt beitragen würde, wenn der von dem Fragesteller gewünschte Vergleich zwischen seiner eigenen Erklärung und Erklärungen von Vertretern anderer beteiligter Regierungen angestellt würde. Er hält es für viel wichtiger, zur Lösung der Schwierigkeiten, die der Räumung im Wege stehen, zu schreiten, als Meinungsverschiedenheiten zu erörtern, die mit Recht oder Unrecht als der ausschlaggebende Faktor in den zu treffenden Entscheidungen betrachtet werden.

In einer Rede, die Lloyd George am Samstag in Manchester gehalten hat, berührte er auch die Frage des Rheinlandes. Er erklärte darüber, es bestehe nach den geführten Korrespondenzen kein Zweifel über die damalige Absicht, daß im Augenblick, wo Deutschland völlig abgerüstet und die notwendigen Garantien für die Reparationen gegeben hätte — und es hat das getan — die Alliierten das Rheinland räumen müßten. — Lloyd George war bekanntlich einer der Mitverfasser des Diktats von Versailles.

Annahme der englischen Telegraphenvorlage

W.D. London, 11. Dez. (Tel.) Das Unterhaus nahm gestern in dritter Lesung mit 235 gegen 97 Stimmen die Gesetzesvorlage an, wonach die Regierung gewisse, bisher in ihrem Besitz befindliche Kabel abtritt und die Nichtwellenfunktionen der Regierung an eine Gesellschaft verpachtet, welche die Kontrolle über den gesamten Kabel- und drahtlosen Dienst im Interesse des Reichs nachrichtendienstes ausüben wird.

Ein belgisches Militärgerichtsurteil aufgehoben

W.D. Cuxen, 11. Dez. (Tel.) Im vorigen Jahre hatten einige jungen Leute aus Cuxen ihre Entlassung vom belgischen Militär gefordert und dabei deutsche Trinklieder gesungen. Sie waren deshalb vom belgischen Militärgericht zu Gefängnisstrafen verurteilt worden. Das Militärberufungsgericht in Brüssel, bei dem sie Berufung eingelegt hatten, sprach jetzt die Verurteilung frei. Die ganze Sache soll als niedergeschlagen gelten und keine der in Frage kommenden Personen soll einen Vermerk in den Papieren erhalten.

Litwinow über die internationale Lage

W.D. Moskau, 10. Dez. (Tel.) Im Zentralerekutivkomitee der Sowjetunion führte Volkskommissar Litwinow über die internationale Lage u. a. aus:

Die Locarnoabmachungen trönten die Politik der Siegermächte in der ersten Nachkriegsperiode und endeten die politische Handlungsfreiheit Deutschlands erheblich ein. Es leben die diplomatischen Intrigen nach dem Weltkriegsmuster wieder auf. Das markanteste Beispiel derartiger diplomatischer Tätigkeit sind das englisch-französische Abkommen und die jüngsten englisch-japanischen Verhandlungen. Es handelt sich um sehr bedeutsame und bedrohliche Erscheinungen. Die Sowjetregierung muß solche internationalen Kombinationen und Gruppierungen besonders wachsam verfolgen. Sie hält es deshalb für ihre Pflicht, internationale Intrigen, denen Elemente des Krieges innenwohnen, aufzudecken. Als einen konkreten Weg zur größtmöglichen Sicherung des Weltfriedens betrachtet die Sowjetregierung nach wie vor die sofortige volle und allgemeine Abrüstung, oder wenigstens die größtmögliche Zurückführung der Rüstungen als erste Etappe zur vollen Abrüstung.

Litwinow erinnerte weiter an seine schriftliche Anfrage im August an den Vorsitzenden der Abrüstungskommission über den Kern der Einberufung der Kommission. Er habe in seinem Schreiben den Vorschlag gemacht, die bisherigen Wege aufzugeben, und zu einer Prüfung des sowjetischen Teilabrüstungsplanes zu schreiten, der den Vorschlag hat, ein allgemeines, bindendes Kriterium für eine Zurückführung der Rüstungen zu bieten und Sonderverhandlungen zwischen einzelnen Staaten oder Staatengruppen unnötig und überflüssig zu machen. Im Namen der Sowjetunion verpflichte ich mich feierlich, unseren Vorschlag nochmals zu wiederholen und uns in beliebiger Form zur Auflösung der Roten Armee gemäß unseren Vorschlägen bereit zu erklären. Die Sowjetregierung würde keine Armee benötigen, wenn die anderen Regierungen ihre Heere auflösen.

Über die Beziehungen der Sowjetunion zu Großbritannien führte Litwinow u. a. aus: Materiell habe die Sowjetunion durch den Bruch weniger gelitten als England. Im weiteren Verlauf seiner Rede wies Litwinow auf den freundschaftlichen Charakter der Beziehungen zu Deutschland hin. Die gegenwärtig in Moskau stattfindenden deutsch-sowjetischen Verhandlungen zeigen den beiderseitigen Willen zur Fortsetzung und zum Ausbau der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bei voller Berücksichtigung der politischen und wirtschaftlichen Besonderheiten der beiden Länder.

Das Zentralerekutivkomitee nahm im Anschluß an den Bericht Litwinows einstimmig eine Entschließung an, in der festgelegt wird, daß die Konsequenz friedlicher Politik der Sowjetunion und ihre systematischen Bestrebungen um eine allgemeine, wenn auch nur teilweise, so doch wirkliche Abrüstung auf den Widerstand der stärksten kapitalistischen Staaten stoße und beauftragt die Sowjetregierung, ihre Friedens- und Abrüstungspolitik unentwegt fortzusetzen, gleichzeitig alle Versuche, die darauf hinführen, den Frieden zu verletzen und die Menschheit in ein neues Gemetzel hineinzuziehen, aufmerksam zu verfolgen und einen aktiven Kampf für die Aufhebung dieser Versuche und für die Festigung der friedlichen Zusammenarbeit aller Völker zu führen.

Die Koalition im Reich

Mit der Neuwahl des Parteivorstandes des Zentrums ist auch in dieser Partei die Situation für die bevorstehenden Verhandlungen über die formelle Stabilisierung der großen Koalition im Reich geklärt. Wie das D.D. Büro aus Zentrumskreisen erfährt, ist der neue Parteichef, der Ugo Haas, als Anhänger der großen Koalition zu bezeichnen. Es wird ihm auch ein besonderes Talent dafür nachgerühmt, ausgleichend bei den verschiedenartigen Meinungsströmungen innerhalb des Zentrums wirken zu können. Versprechungen sind jedoch noch nicht erteilt. Wenn im Reich eine endgültige Regierung der Parteien von Breitscheid bis Scholz zustande kommt, würden auch in Preußen entsprechende Verhandlungen aufgenommen. In beiden Fällen gilt als sicher, daß die Demokraten als die zahlenmäßig schwächste Fraktion auf einige Ministerposten verzichten müssen. Man rechnet im allgemeinen, um überhaupt einen Maßstab für die Beteiligung an der Regierung zu haben, daß innerhalb der großen Koalition auf je 30 Mandate ein Ministerposten zu entfallen habe.

Während so das politische Interesse sich namentlich hinter den Rücken der Parteien konzentriert, wird auch der Reichstag, der heute nachmittag wieder zusammentritt, noch einige bedeutsame Vorlagen zu beraten haben, darunter namentlich die Novelle zur Unfallversicherung, ferner das Saisonarbeitergesetz und den Nachtragsetat. Dagegen dürfte der Reichstag, im Gegensatz zum Preussischen Landtag, nicht mehr in die Lage kommen, noch vor der Weihnachtspause die erste Lesung des Haushalts für 1929 durchzuführen zu können, denn der neue Reichstag ist bisher noch immer nicht an den Reichstag gelangt, und zwar nicht zuletzt, weil die bisherige unsichere Regierungsmehrheit die Ausbalanzierung so schwierig macht.

Der Reichsrat nahm am Montag mit Mehrheit die Vorlage über Zudersollerrhöhung an. Die Vorlage will den Zudersoll von 15 M auf 25 M für den Doppelzentner erhöhen. Die Zollerhöhung soll jedoch nur solange in Kraft bleiben, als an der Ragdeburger Börse im Durchschnitt eines Kalendermonats die Preisnotiz für Roggen nicht über 21 M steigt. Kommt in Ragdeburg ein höherer Durchschnittspreis zustande, oder erfolgt dort einen Monat hindurch überhaupt keine Notierung, so tritt automatisch eine Ermäßigung des Zolls auf 10 M für den Doppelzentner ein.

Severing fährt nochmals nach Düsseldorf. Der Reichsinnenminister wird nach Prüfung des ihm von den Tarifparteien der nordwestlichen Gruppe vorgelegten Materials am Donnerstag in Düsseldorf nochmals mit den Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeber über die endgültige Regelung der Lohn- und Arbeitszeitfrage in der rheinisch-vestfälischen Metallindustrie beraten. Für Freitag und Samstag sind weitere Beratungen mit anschließenden Wertbestimmungen in Aussicht genommen. Es besteht somit die Möglichkeit, daß der Schiedspruch Ende dieser oder anfangs nächster Woche gefällt werden wird.

Das Opfer der Kommunisten ein Junge-Führer. Zu den Ausschreitungen von Teilnehmern an einem Demonstrationstreffen des Rotfrontkämpferbundes in Berlin-Karlshorst wird berichtet, daß der getötete Referendar Günter Schaffer, der stellvertretende Großmeister der Bruderschaft Oberspree des Jungdeutschen Ordens ist und von den Kommunisten an seinem Abzeichen erkannt wurde. Sie drängten ihn in einen Hausflur, und er erhielt trotz seiner Gegenwehr verschiedene Stockschläge über den Kopf und von hinten einen Stich, der Lunge und Milz verletzte. Er wurde in das Krankenhaus gebracht, wo er nach kurzer Zeit verstarb. Die Täter konnten unerkannt entkommen. Der 20jährige Tischler Meyer aus Vichtenberg wurde festgenommen, weil er dringend verdächtig ist, den Referendar getötet zu haben. Es wurde bei ihm ein blutbesetzter Dolch gefunden, außerdem eine blutbesetzte Windjacke. Meyer ist Mitglied der kommunistischen Jugend.

Der Konflikt Bolivien-Paraguay

Der Bruch zwischen Paraguay und Bolivien wird in einer Meldung aus La Paz (Bolivien) als endgültig bezeichnet. Auch der Gesandte Boliviens in Paraguay hat seine Pässe erhalten. Bei dem Schmarwägel an der Grenze sollen 50 Soldaten gefallen sein.

Vertrauliche Sitzung des Rats

W.D. Lugano, 11. Dez. (Tel.) Der Völkerbundsrat ist heute vormittag nach einer einstündigen Sitzung, in der verschiedene Berichte über die Hygienefragen (darunter die Alkoholfrage) entgegengenommen wurden, zu einer vertraulichen Sitzung zusammengetreten, die sich, wie man allgemein annimmt, mit dem Abbruch der Beziehungen zwischen Bolivien und Paraguay befaßt. Wie nachträglich bekannt wird, haben die drei südamerikanischen Ratsmitglieder, Villegas (Chile), Aguirre (Venezuela) und Zameta (Venezuela), sich gestern noch in späterer Nacht an den Ratspräsidenten Briand gewandt, um ihm eine Kräftigung der Frage nachzugeben, ob der Völkerbundsrat Bolivien und Paraguay an die ihnen als Völkerbundsstaaten obliegende Verpflichtung zur friedlichen Regelung von Streitfällen erinnern soll. Sollte sich der Rat für einen solchen Schritt entscheiden, so dürfte dieser in der Abendung eines entsprechenden Telegramms an beide Regierungen bestehen.

Der panamerikanische Kongress

Nach einer Meldung aus Washington hat der panamerikanische Kongress für Ausgleich und Schiedsgericht, der dort zusammengetreten ist, eine sofortige Sitzung des Sonderausschusses einberufen, um die Lage zu prüfen. Die bolivianische Regierung erklärte, daß die Kavallerie von Paraguay bolivianische Truppen auf bolivianischem Gebiet angegriffen habe. Der Gesandte Boliviens in Washington machte Mitteilung davon, daß die Delegierten seines Landes auf dem panamerikanischen Kongress ermächtigt worden sind, nötigenfalls an den Sitzungen des Ausschusses teilzunehmen.

W.D. New York, 11. Dez. (Tel.) Die Morgenblätter berichten über die von lateinamerikanischen Staaten in Washington unternommenen Versuche zur Beilegung des Konflikts zwischen Bolivien und Paraguay und heben in ihren Leitartikeln hervor, dieser Konflikt sei ein typischer Fall für schiedsgerichtliche Erledigung. „New York World“ meint, der Konflikt zeige die gefährliche Zweideutigkeit des Begriffes „Selbstverteidigung“, namentlich wenn sich jede Nation ihre eigene Auslegung dieses Begriffes vorbehalte.

Die Mainzer Spionageaffäre

Zu der Mainzer Spionageaffäre Frisch-Strach erfährt der Frankfurter Berichterstatter der „Voss. Ztg.“, daß die Anlage sich auf folgende Tatsachen stützt: Der „Geheimagent“ Frisch, ein ehemaliger Offizier aus Düsseldorf, der dem Stahlhelm angehört, wurde von der französischen Geheimpolizei, die er verdächtig war, seit langem beobachtet. Bei der nach seiner Festnahme erfolgten Selbstbestimmung und der Durchsichtung seines Gepäcks sollen bei ihm außer Einbrecherwerkzeugen Papiere gefunden worden sein, die seine Beziehungen zu dem Oberinspektor des Mainzer Reichsvermögensamtes Strach außer Zweifel stellen. Es sollen ihm auch drei Einbrüche in Offizierswohnungen, aus denen er Papiere und Pläne entwendet habe, nachgewiesen sein. — Wie weit diese Feststellungen stimmen, läßt sich vorläufig nicht nachprüfen.

In Mainz ist als Beauftragter der Reichsregierung Ministerialrat Böhm aus Berlin eingetroffen, um nachzuprüfen, inwieweit sich die französische Befragung einer Verletzung des Hausrechts und der deutschen Doppelrechte bei der in den Räumen der Reichsvermögensverwaltung eigenmächtig vorgenommenen Hausdurchsuchung schuldig gemacht hat.

Die „Gazette du Franc“

Die „Gazette du Franc“ und ihre Tochtergesellschaften sind vom Pariser Handelsgericht банкрот erklärt worden. Aber die Beteiligungsfähigkeit Später an der verkrachteten „Gazette du Franc“ berichtet das „Journal d'Alsace“: Die Straßburger Zweigstelle des Unternehmens stand unter der Leitung eines früheren Oberlehrers. Es sind im ganzen etwa 4 Millionen Franken in Geld und Wertpapieren der „Gazette du Franc“ übergeben worden. Die Opfer sind in der Wehrzahl Kaufleute, Beamte, Rentner, sogar Offiziere. Auch die Angehörigen der Zweigstelle selbst gehören zu den Betroffenen. — Man erinnert sich außerdem noch sehr wohl, wie das Unternehmen in Straßburg eingeführt wurde. Es geschah durch eine öffentliche Versammlung großen Stils im letzten Februar, für die vorher große Reklame gemacht worden war und in deren Ehrenausgleich der Präfeld selbst an der Spitze einer ganzen Reihe von wohlthätigen Namen stand.

Der Präsidentenwechsel in Österreich. Montag vormittag verabschiedete sich in Wien der scheidende Bundespräsident Dr. Gajlich von den Beamten der Präsidentschaftskanzlei. Um 1 Uhr erfolgte der feierliche Einzug des neuen Bundespräsidenten Miklas, der von Dr. Gajlich empfangen wurde. Dr. Gajlich gab in seiner Ansprache einen Rückblick auf seine Tätigkeit während der letzten acht Jahre. Bundespräsident Miklas dankte ihm. Als Dr. Gajlich das Gedächtnis am Volkshausplatz verließ, wurden ihm vom Publikum begeisterte Ovationen dargebracht.

Im Lohnkonflikt der deutschen Textilindustrie haben im Reichsarbeitsministerium Einigungsverhandlungen begonnen.

Brand in einer Schachtanlage

W.D. Köln, 11. Dez. (Tel.) Wie aus Duisburg gemeldet wird, brach auf der Zeche Diergardt-Neuissen, Schacht 1 in Hoch-Emmerich am Sonntag abend in einem Gasplastrich durch Funtenbildung Feuer aus, das sich schnell ausbreitete und auf die Holzgerüstung übergriff. Am Montag nachmittag war die Brandstätte so weit eingedämmt, daß die Arbeit auf der rechtsrheinischen Schachtanlage wieder beginnen konnte. Nach Mitteilung der Zechenverwaltung sind 7 Mann zu Tode gekommen.

Schiffsbrand in Hamburger Hafen

W.D. Hamburg, 11. Dez. (Tel.) Heute früh gegen 5 Uhr geriet infolge Kurzschluß im Laderaum das am Africaquai liegende deutsche Dampfer „Hort“ etwa 2000 Tsd Schwefel in Brand. Zur Bekämpfung des Feuers sind zahlreiche Schiffe angeordnet, die zur Zeit den Brand mittels des Schaumlöschverfahrens zu unterdrücken suchen. Die Höhe des Sachschadens kann noch nicht angegeben werden. Eine weitere Meldung besagt, daß nach mehrstündigem Bemühen der Feuerwehr die Gefahr als beseitigt gilt.

Zur Aufführung von Bruno Frank's „Verleumdung“ im Landestheater. Wedauerlicherweise unterließ bei der geistigen Besprechung der Abdruck des Satzes, der Hl. Silbe Wülfers Darstellung der etwas angefaulten Cora Petru enthielt. Es muß betont werden, daß das niancnerische Spiel Hilde Wülfers wesentlich zum Erfolg des dritten Aktes beitrug.

Badischer Teil

Badische Gesellschaft für soziale Hygiene

Am 8. Dezember hielt die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene zu Karlsruhe ihre satzungsmäßige Mitgliederversammlung ab, die vom 1. Vorsitzenden Dr. med. A. Baas geleitet wurde und in der das Ministerium des Innern durch Obermedizinalrat Dr. Wämer, die Landesversicherungsanstalt Baden durch Präsident Jung, das Statistische Amt durch Oberregierungsrat Dr. Secht vertreten waren; auch die Landwirtschaftskammer, mehrere Krankenkassen und Großhandelsfirmen hatten Vertreter entsandt. An der Versammlung nahmen insbesondere Ärzte teil.

Der Geschäftsführer Dr. A. Fischer, erstattete den Klassen- und Tätigkeitsbericht. Die Klassenverhältnisse sind befriedigend; dem Klassenführer wurde Entlastung erteilt. Die Tätigkeit der Gesellschaft erstreckt sich darauf, allen satzungsmäßigen Aufgaben zu genügen. Darum war zunächst der von der Gesellschaft gebildete Ausschuss für Geschichte der Hygiene beauftragt, den für Baden wichtigen historisch-hygienischen Stoff zu suchen und zu sammeln. Der Plan eines Badischen Hygienemuseums wurde weiter verfolgt; vorläufig soll ein Kulturhygienisches Institut geschaffen werden, zu welchem Zweck eine Eingabe an den Badischen Landtag gerichtet wurde. Im Auftrage des Ausschusses für Gesundheitsstatistik hat Stadt-obermedizinalrat Dr. Geißler eine Untersuchung über die Abhängigkeit der Tuberkuloseerkrankung von der sozialen Stellung im Beruf durchgeführt. Der Ausschuss für Moralhygiene hat beschlossen, sich zunächst mit der Ernährung zu beschäftigen. Die Gesellschaft hat kürzlich zwei Eingaben abgefordert, eine an den Landtag betr. ärztliche Untersuchung der Schüler und Schülerinnen der Gewerbe- und Handelsschulen sowie der Höheren Unterrichtsanstalten, eine andere an das Ministerium des Kultus und Unterrichts betr. ärztliche Untersuchung tuberkuloseverdächtigter Lehrer. Eine weitere satzungsmäßige Aufgabe ist es, den Anschluß an eine Gesamtdeutsche Gesellschaft mit gleichen Zielen herzustellen. Im September d. J. wurde eine Deutsche Gesellschaft für soziale Hygiene gegründet. Die Badische Gesellschaft ist durch ihren Geschäftsführer im Vorstand der Deutschen Gesellschaft vertreten.

Die satzungsmäßigen Wahlen ergaben folgendes Resultat: Zum 1. Vorsitzenden wurde Prof. Dr. Baas einstimmig wiedergewählt; auch die anderen satzungsmäßig auscheidenden Mitglieder des Arbeitsausschusses und des Großen Ausschusses wurden wiedergewählt, und Dr. Göttsch, Mannheim, der Vorsitzende der Badischen Ärztekammer, hinzugewählt.

Prof. Dr. Otto Kestner, Direktor des Physiologischen Instituts der Universität Göttingen, der früher in Heidelberg tätig war, hielt einen Vortragsvortrag über „Das Grundproblem der heutigen Ernährung“. Der Redner ging von der Tatsache aus, daß jetzt die körperlich anstrengende Arbeit in weit höherem Maße als früher statt von den Menschen selbst, von Maschinen verrichtet wird. Das Grundproblem der Ernährung heißt: Welcher Nahrungsstoff bedarf der Mensch der Gegenwart, um bei der Verminderung der notwendigen Menge an Kalorien das erforderliche Maß an Eiweiß zu erhalten? Hierbei ist noch die neue Erkenntnis der Chemie zu beachten, daß Eiweiß aus 17 Aminosäuren besteht und daß mindestens 4 von ihnen stets in der Nahrung vorhanden sein müssen; andernfalls würde die ganze sonstige Zufuhr an Stoffen nichts nützen. Der Redner hat bei 128 jungen Ratten nachgewiesen, daß die mit tierischen Nahrungsmitteln ernährten Tiere gut, die mit pflanzlichen Nahrungsmitteln ernährten schlecht gewachsen sind. Wenn Menschen einweiharme Kost genießen, sinkt ihre Leistungsfähigkeit, was man im Weltkriege gesehen und auch experimentell bei Studenten, bei denen die Nahrungsmittelzufuhr erheblich eingeschränkt wurde, beobachtet hat. Um sicher zu gehen, muß der Mensch täglich etwa 100 Gramm Eiweiß verzehren. In unserer Zeit darf die Kost nicht mehr vorzugsweise aus Brot und Kartoffeln bestehen. Der Mensch der Gegenwart braucht Fleisch, Eier und andere hochwertige Nahrungsmittel. Um dem Darm auch die erforderlichen Schlacken, welche auf die Darmreinigung günstig einwirken, zu bieten, müssen Obst und Gemüse verzehrt werden. Das Weizenbrot verdient vor dem Roggenbrot den Vorrang, u. a. weil letzteres (im Verhältnis zum Eiweißgehalt) zweifelt Kalorien gibt. Es ist keine Wechsellösung, sondern entspricht dem physiologischen Gesetz, wenn die Menschen eine Kost verlangen, die der jetzigen Arbeitsart angepaßt ist. Man ernährt sich nicht nach Kalorien, sondern nach dem Geschmack und dem Sättigungsgefühl. Kinder brauchen keine animalische Kost, zumal sie Pflanzenkost sehr gern haben. Die Idealnahrung, der wir zustreben müssen, besteht vor allem aus Fleisch, Obst und Gemüse. Dementsprechend sollte mehr Viehzucht getrieben und mehr Obst und Gemüse gepflanzt werden. Den mit reichem Weisfall aufgenommenen Darlegungen folgte eine Aussprache.

Wie wir hören, wird sich die Badische Gesellschaft für soziale Hygiene in der nächsten Zeit noch eingehend mit den Fragen der Ernährung befassen.

Große landwirtschaftl. Bezirksversammlungen

Dieser Tage fanden in Lauba, Mosbach und Kastatt große Bezirksversammlungen der dem Verband badischer landwirtschaftlicher Genossenschaften angeschlossenen Spar- und Darlehenskassen und Kreditgenossenschaften statt. Nach Referaten von Vizepräsident Kumbel, Karlsruhe, und Vizepräsident Müller, Karlsruhe, entwickelte sich in allen Bezirksversammlungen eine anregende längere Aussprache. Die hier bestellten Versammlungen boten ein erfreuliches Bild genossenschaftlicher Tätigkeit.

Die Heidelberger medizin. Fakultät gegen eine Erweiterung der Krankenversicherungspflicht

Die medizinische Fakultät der Universität Heidelberg hat zur Änderung des Versicherungsgesetzes eine Entschließung gefaßt, in der u. a. ausgeführt wird, es sei nicht der geringste Grund vorhanden, die Zwangsversicherung auch auf wirtschaftlich starke auszuweiten und damit jenes persönliche Verhältnis zwischen Arzt und Kranken, sowie den freien Arztstand aus völliger Unmöglichkeit in das Wesen der ärztlichen Tätigkeit künstlich zu zerstören. Das sei sowohl für die Gesundheit der Deutschen als auch für die Erhaltung ihrer Eigenart von größtem Schaden. Ganz besonders bekämpft werden muß der Wunsch der Krankenkassen, eigene Behörden zu werden und damit der Aufsicht der Regierung zu entweichen. Damit würde die Krankenversorgung in das politische Parteigetriebe noch mehr hineingezogen, als es jetzt schon der Fall ist. Die medizinische Fakultät teilt (so heißt es am Schlusse der Entschließung) in ihrer Gesamtheit die schwerwiegenden Bedenken, die sich hieraus gegenüber einer Erhöhung des versicherungspflichtigen Einkommens ergeben, und fühlt sich zu der dringenden Bitte an die badische Regierung verpflichtet, bei der Reichsregierung einer Erhöhung und Erweiterung der Versicherungsgrenze mit aller Kraft entgegenzutreten.

Kellerwirtschaftskurs

Vom 28. bis 30. November hielt das Badische Weinbauinstitut in Freiburg einen dreitägigen Kellerwirtschaftskurs ab, der infolge des außerordentlichen Andrangs vom 6. bis 7. Dezember wiederholt werden mußte. In beiden Kursen nahmen gegen 230 Personen teil. Eine große Anzahl von Meldungen konnte nicht berücksichtigt werden, da die beschränkten Raumverhältnisse es nicht zuließen und eine dreimalige Wiederholung unmöglich war.

Gemeinderundschau

Eine Bürgermeisterversammlung des Ringstaats

Unter dem Vorsitz des Landrats fand in Wolfach eine Bürgermeisterversammlung statt. U. a. wurde in Aussicht genommen, künftig auch einen Beitrag zur Bekämpfung des Krebses in den Voranschlag aufzunehmen im Hinblick darauf, daß auch im badischen Schwarzwald diese bösartige, heimtückische Krankheit sehr verbreitet ist und die Heilung des Übels sich sehr viel schwieriger gestaltet als die Bekämpfung der Tuberkulose. Einen weiteren Gegenstand der Beratung bildete die Aussprache über die wirtschaftliche Notlage der Landwirtschaft, die sich auch in diesem Bezirk bemerkbar macht. Es wurde beschlossen, zu prüfen, in welcher Weise in diesem Bezirk die Produktion gehoben und bessere Absatzmöglichkeiten für die Erzeugnisse des Landwirts gewonnen werden können. Vom Vorsitzenden wurde besonders darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, sich dem Mindererwerbsverfahren anzuschließen. Bei Anordnung der Lösung von Hindernissen wegen Tuberkulose wird künftig Entschädigung nur dann gewährt, wenn der Besitzer dem Verfahren beigetreten ist. Vom Jahre 1924 bis zum 31. Oktober 1925 wurden im Bezirk 338 Wohnungen mit Baudarlehen des Wohnungsverbandes erstellt, davon in diesem Jahre allein 112, im vergangenen 97. Im ganzen wurden 942 400 RM an Darlehen ausbezahlt, davon im letzten Jahre 267 000 RM. In diesem Jahre wurden 306 400 RM an Darlehen bewilligt, die zum großen Teil durch Umbau, teils durch Neubau im Altbezirk zur Erstellung von 457 Wohnungen verwendet wurden. Der Reinertrag an Wohnungen beträgt 415 RM. Am Schluß der reichhaltigen Tagesordnung wurde bekanntgegeben, daß im nächsten Sommer in Wolfach ein Trachtenfest stattfinden soll.

Die Heidelberger Oberbürgermeisterwahl, die am Sonntag stattfinden sollte, ist unvorüberweise auf Sonntag, 16. Dezember, verschoben worden.

Der Kreisrat von Bruchsal gab in seiner letzten Sitzung wegen der Instandsetzung und Verbreiterung der Feldbergstraße bekannt, daß der Staat grundsätzlich bereit sei, zu den großen Kosten einen Beitrag von 40 Proz. zu gewähren. Die Bereitstellung der Mittel könne allerdings erst im Etat für 1930 erfolgen. — In das Altersheim Schloß Rheinweiler sind bis jetzt 20 Personen aufgenommen worden; weitere Aufnahmen stehen noch bevor. Neuaufnahmen können immer noch erfolgen. Schließlich erklärte sich der Kreisrat noch bereit, die neueröffneten Fachschulen für die Textilindustrie in der gleichen Weise zu unterstützen wie die anderen Fachschulen.

Der Kassierer der Mainzer Stadtkasse flüchtig. Der Kassierer der Mainzer Stadtkasse, Verwaltungsinспектор Klotz, ist seit Freitag flüchtig. Man vermutet, daß er sich eine amtliche Vernehmung hat zuschulden kommen lassen, da man sich sonst seine Flucht nicht erklären kann. Bei einer sofortigen Untersuchung wurden Unstimmigkeiten in der Buchführung festgestellt. Dorthin wurde hinter Klotz erlassen. Es heißt, daß Klotz mit einer Summe von ungefähr 10 000 Reichsmark flüchtig gegangen sein soll.

Aus der Landeshauptstadt

Von der Nahrungsmittelpolizei. Im Monat November wurden 3625 Kannen Milch geprüft und 448 Proben zur Untersuchung erhoben. Beanstandet wurden 14 Proben als gewässert, 8 als entrahmt, 16 als fettarm, 21 als schmutzig. Sämtliche Beanstandungen fallen den Produzenten von auswärtig zu Lasten.

Prozess Kläffer und Genssen. Am 11. Verhandlungstag, dem Montag, befand sich der Prozess immer noch im Stadium der Beweisaufnahme. Die Angeklagten, bestritten nach wie vor, daß das Finanzamt überverteilt worden sei. Vor Samstag dürfte kaum mit der Verurteilung des Urteils zu rechnen sein.

Juan Manén, dessen diesjährigen Karlsruher Weigenabend wir bereits für den morgigen Mittwoch, den 12. Dezember (abends 8 Uhr im Eintrachtssaal), bekannt gaben, hat als Hauptwerk seines Programms das hier noch nie aufgeführte „Spanische Violintongem.“ eigener Komposition angefügt, das seiner unerhörten Schwierigkeiten wegen nur ganz selten gespielt wird. Der berühmte Geiger spielt ferner eine Soloviolinepartie von Bach, bekannte F. Dur-Romane von Beethoven, ferner, im zweiten Teil seines Programms, Stücke virtuosen Charakters, wie 2 Kapriolen von sich selbst, „palpit“ von Paganini, „Im Sonnenschein“ von Huban, und „Air Russes“ von Wieniawski. Am Hügel: Joseph Schell. Es sind noch Karten in allen Preislagen bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, erhältlich.

Fril Gadesow, seit seiner unergieblichen Wiedergabe des Joseph in Richard Strauß' „Josephs-Legende“ auch in Karlsruhe als Tanzkünstler allerersten Ranges bekannt und verehrt, kehrt nach vier Jahren wieder bei uns ein, nachdem er durch die Lösung seines Vertrages in Köln wieder Zeit zu Gastspielreisen gewonnen hat. Sein mit Spannung erwartetes Wiederauftreten in Karlsruhe wird den großen Künstler sicherlich von neuen Seiten zeigen. Auch seine Partnerin, Irma Pumanowa, die diesmal verschiedene „Duos“ mit ihrem berühmten Meister tanzen wird, hat andere Tänze gewählt, wie bei ihrem ersten Auftreten vor vier Jahren. — Sollte der Besuch den Erwartungen entsprechen, wird Fril Gadesow jetzt wieder alljährlich einkehren. Karten für Donnerstag, den 13. d. M. (dies ist das Datum seines Wiederauftretens im Konzerthaus), sind bei Kurt Neufeldt, Waldstraße 39, zu haben.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Der durch die neue Zyclone hervorgerufene Druckfall hat sich nunmehr heute nach Südostwärts fortgepflanzt, so daß West- und Südeuropa von diesem Druck überlagert sind, während über Innenrußland und Skandinavien sehr strenge Kälte herrscht. Dem Druckgefälle entsprechend ist kalte Ostströmung vorherrschend geblieben, wodurch die nordwestlichen Luftwirbel verflacht und wirkungslos werden. Weitere Barometerdruck steigt nicht ein, und der diesem Wirbel vorausgehende Barometersturz kann nunmehr nur unwesentliche Temperaturerhöhungen bringen. Nach der jetzigen Druckumlagerung muß mit ergebnisloser Schneefälle gerechnet werden. Wetterausblick: Ergiebiger Schneefall, nachts kaltes Wetter, später strenger Frost.

Kurze Nachrichten aus Baden

* Mannheim, 11. Dez. Wie die „Neue Badische Landeszeitung“ von zuverlässiger Seite erfährt, ist der Inhaber des in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Bankhauses Fahlberg, Thomas Fahlberg, wegen Verdachts von Unregelmäßigkeiten in der Verwaltung der Depots verhaftet worden. Die Anzeige soll von einem Kunden erstattet worden sein.

DJ. Altheim (Amt Buchen), 11. Dez. Die vielgeprüfte Gemeinde Altheim wurde am Sonntagabend 9 Uhr wieder von einem Brand heimgesucht. Die vor der Ortsschiff gelegene Scheune des Julius Vogt ging in Flammen auf. Aber ein Dutzend Brände haben sich in den letzten beiden Jahren in Altheim ereignet, und in der letzten Woche hat es fast jede Nacht gebrannt. 12 Scheunen liegen nun in Schutt und Asche. Die Behörden haben umfassende Maßnahmen getroffen, um den Verbrechern ihr Handwerk zu legen. Die Gebäudeversicherungsanstalt Karlsruhe hat auf die Ergreifung der Brandstifter eine Belohnung ausgesetzt, die auf 5000 RM erhöht worden ist. Es wurden auch einige Verhaftungen vorgenommen. Zur Zeit sind drei Personen in Haft, zwei in Buchen und eine in Altheim.

DJ. Forstheim, 10. Dez. Vier Stark im Alter von 62 Jahren der Direktor des hiesigen Vereins Creditreform, Markus Kubala, am Samstag abend infolge eines Herzschlages. Der Verstorbenen hat sich um den Verein Creditreform große Verdienste erworben. Bis zu seinem Tode hat sich die Zahl der Vereinsmitglieder von 100 auf 1500 erhöht.

DJ. Bruchsal, 11. Dez. Der wegen Unterschlagung von einigen Tausend Mark Amtsgeldern flüchtig gegebene Zollwachtmeister Abel von hier wurde gestern in der Nähe von Oberacker (Amt Bretten) an einer Straßenecke erschossen aufgefunden.

DJ. Freiburg i. Br., 9. Dez. Am Sonntag wurde auf dem Feldberg die neue Jugendherberge eröffnet, die der Deutsche Caritasverband neben seinem Jugendheim erbaut hat. Es ist ein dreistöckiges Gebäude, das im unteren Stock einen großen Aufenthaltsraum und die Herbergsfläche, im zweiten Stock einen gemeinsamen Schlafsaal und mehrere Einzelzimmer für Mädchen und im dritten Stock einen großen Schlafsaal mit 40 Betten nebst Führerzimmer und einen kleineren Schlafraum enthält. Sämtliche Räumlichkeiten sind mit Wasser- und elektrischer Heizung ausgestattet und durch eine Zentralheizung angenehm durchwärmt. Im Erdgeschoß befinden sich auch Brausebäder und Fußbäder. Insgesamt stehen in der neuen Jugendherberge 80 Betten für jugendliche Wanderer zur Verfügung. Zusammen mit dem seit mehreren Jahren bestehenden Jugendheim hat der Caritasverband auf dem Feldberg eine Bettenzahl von 180 Stück aufzuweisen, die in erster Linie für jugendliche Wanderer bestimmt sind.

DJ. Bruchsal, 11. Dez. Hier wurde der Direktor der Oberrealschule verhaftet unter der Beschuldigung des Vergehens gegen die §§ 174 und 176 des StGB. Die Untersuchung ist z. Z. noch im Gange. Die Untersuchungsbehörde lehnt eine Auskunftsansicht noch ab, um dem Ergebnis der Untersuchung nicht vorzugreifen.

* Konstanz, 10. Dez. Im Alter von 68 Jahren ist gestern früh nach schwerem Leiden Oberstaatsanwalt Eduard Hoffarth gestorben. Der Verstorbenen, der in Konstanz geboren ist, war 1886 Amtsrichter in Radolfzell, 1900 Landgerichtsassessor in Mannheim, 1901 Landgerichtsrat und darauf Staatsanwalt in Mosbach, 1904 in Mannheim, dann Oberstaatsanwalt in Konstanz.

RTD. Landau, 10. Dez. Der Artillerieoffizier bei der französischen Rheinarmee hat nunmehr endgültig Landau getraut und ist nach Lachen-Speyerdorf übergesiedelt.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	11. Dez.		10. Dez.	
	Belg.	Frank.	Belg.	Frank.
Amsterdam 100 G.	168.36	168.72	168.37	168.71
Kopenhagen 100 Kr.	111.87	112.09	111.88	112.10
Italien 100 L.	21.95	21.99	21.95	21.99
London 1 Pf.	20.332	20.372	20.337	20.377
New York 1 D.	4.1920	4.2000	4.1925	4.2005
Paris 100 Fr.	16.37	16.41	16.375	16.415
Schweiz 100 Fr.	80.735	80.895	80.74	80.90
Wien 100 Schilling	58.975	59.095	58.975	59.095
Prag 100 Kr.	12.425	12.443	12.425	12.445

Beitrag Waldfogel A.-G. Mannheim. In der Hauptversammlung wurde entsprechend den Verwaltungsanträgen die Kapitalerhöhung um 10,7 Mill. Reichsmark auf 45,97 Mill. Reichsmark genehmigt. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Kommerzienrat Dr. Frank (Diskonto-Gesellschaft) eine eingehende Begründung, weswegen man die Neugründung der Waldfogel A.-G. in das Ausland verlege und führte die Ursache auf die augenblickliche Lage der deutschen Wirtschaft zurück. Weiterhin wurde ausführlich die Finanzierung des finnischen Vorhabens dargelegt. Ebenso wurde die Beteiligung an der finnischen Gesellschaft in Höhe von 60 Mill. finnischen Mark und der an die Anleihe der englischen Firma gebundenen Garantien von Waldfogel genehmigt.

Die Sanierung der Eisenwerke Gaggenau. Wie der „Rostatter Zeitung“ mitgeteilt wird, soll nunmehr versucht werden, zur Sanierung der Eisenwerke Gaggenau eine Anleihe von 2 Millionen Reichsmark bei der Badischen Girozentrale gegen Bürgschaft der betroffenen Gemeinden aufzunehmen.

Staatsanzeiger

Wahl für die Apothekerkammer in Baden.

Gemäß § 8 Absatz 3 und § 9 Absatz 1 bis 4 des Gesetzes vom 10. Oktober 1906 die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals betr., gehen den wahlberechtigten Apothekern in Baden Stimmgelbst nebst Anschriften mit näherem Hinweis auf die Wahlordnung zu. Wie machen darauf aufmerksam, daß die Stimmgelbst bis zum 5. Januar 1929 an uns zurückgeleitet werden müssen. Später eingehende Stimmgelbst sind nach § 10 des selben Gesetzes ungültig.

Der Vorsitzende des Vorstandes der Apothekerkammer: Dr. Lattemeyer.

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zuruheetzungen usw.

der planmäßigen Beamten

Ministerium der Finanzen

Planmäßig angeteilt:

Beremungsassessor Philipp Moser bei der Wasser- und Straßenbaudirektion als Beremungsrat.

Gestorben:

Polizeioberwachmeister Rudolf Peter in Karlsruhe.

Literarische Neuerscheinungen

Der Goldene Zweig (the golden bough). Das Geheimnis von Glauben und Sitten der Völker. Von Sir James George Frazer. Autorisierte Übersetzung der abgekürzten englischen Ausgabe von Dr. phil. H. v. Bauer. (1088 Seiten, Preis in Ganzleinen gebunden 24 M., G. S. Hirschfeld-Verlag, Leipzig C. I.) — Der berühmte Verfasser durchdringt die Sitten und Bräuche der Völker fast aller Zeiten und Nationen. Gedankenwege und soziale Sitten verschiedenster Art häuft er an und bedeutsame Probleme, wie etwa die des Tabus, der Worte und Selbstmorde von heiligen Königen, die Vorstellung von Baumgeistern, Korn-, Reis- und Maisgeistern, Fruchtbarkeitszeremonien und Vegetationsfeiern, das Verspeisen des Gottes, das Töten der heiligen Tiere, die große Zahl von noch heute unter unserer Landbevölkerung teilweise lebendigen magischen Bräuchen, den Gedanken des Sündenbocks, Feuerfeste, Verbrennen von Tieren und Segen und dgl. Mythos und Religion finden ihre Deutung durch die merkwürdigen Ähnlichkeiten, die sich aus dem Leben verschiedenster Völker und Zeiten ergibt. Alle Gebildeten sind an dem Buche interessiert, das zu den Standardwerken der Wissenschaft gehört und uns hier in hervorragender guter Ausstattung dargeboten wird.

Valeriu Marcu: Das große Kommando Scharnhorst. Die Geburt einer Militärmacht in Europa. 10. Auflage. (Gesheftet 7 M., Leinen 10 M., Verlag Paul List, Leipzig.) — Mit allem Reichtum der historischen Wissenschaft und echt künstlerischem Temperament gibt Marcu eine militär-psychologische Darstellung fast romanhaften Charakters. Vor unseren Augen erhebt sie sich zu einer großen Schau über die epochalen Wandlungen in Geschichte und Politik eines Zeitalters, das mit dem unseren viel gemeinsam hat: der Französischen Revolution, der napoleonischen Diktatur und der deutschen Befreiungskämpfe. Auch damals ging der alte Kontinent in Trümmer und ein neues Europa wuchs aus dem Chaos hervor. Die Weltbühne stürmischer Geschehnisse war erfüllt von

der revolutionären Energie eines Danton, der wissenschaftlichen Tiefe Carnots und der egoistischen Gewalt des Korsten Bonaparte, von dem diplomatischen Lächeln eines Talleyrand und Metternich, der nationalen Begeisterung des Feh. vom Stein und nicht zuletzt von der Arbeit eines stillen, bescheidenen Gelehrten und Offiziers, der eine Synthese aus der französischen Revolution, der deutschen klassischen Philosophie und der preussischen Tradition schaffte: Gerhard David Scharnhorst. Marcu zeigt, wie das Militärische nicht ein Ding an sich ist, vielmehr ein breiter Strom, in dem sich Philosophie, Geschichte und Literatur widerspiegeln. Dies Buch füllt darum eine Lücke, weil es so viele Gegenstände erfasst, sie in Zusammenhang bringt und ohne darauf hinzuweisen, die Gegenwart daraus hervorleuchtet läßt.

G. S. Bierck — P. Edridge: Autobiographie des Ewigen Juden. Meine ersten 2000 Jahre. Übersetzt von Gustav Meyrink. (Gesheftet 7 M., Leinen 10 M., Paul List Verlag, Leipzig.) — Wohl hat so mancher Dichter die Legende vom „Ewigen Juden“ sich zum Vorwurf erwählt, aber bisher war es noch keinem gelungen, sie bei aller Bunttheit und Spannung so tiefgründig zu gestalten. Für die deutsche Literatur ist es ein besonderer Glücksstand, daß jener biographische Roman in Gustav Meyrink seinen geistverwandten Interpreten gefunden hat. Mit suggestiver Gewalt wird das Schicksal des Kataklysmus — nicht als eines Juden, sondern als eines Übermenschen wie Faust, Don Juan oder Casanova — herausbeschworen. Er geht den Passionsweg aller Leidenschaften, bis der Fluch Jesu allmählich sich in Segen wandelt und der Ausblick auf eine neue Zeit offenbar wird.

Harold Lamb: Dschingis Khan. Beherrscher der Erde. Übersetzt von D. v. Mikusch. 6. Auflage. (Gesheftet 7 M., Leinen 10 M., Verlag Paul List, Leipzig.) — Von den Taten der Großen dieser Erde sind wohl die eines Cäsar, eines Napoleons bekannt. Gegenüber jenen Helden der europäischen Bühne ist Dschingis Khan ein Eroberer von weit gewaltigerem Ausmaß. Die Märsche seiner Krieger erstreckten sich nicht über Meilen, sondern über Längen- und Breitengrade. Großstädte wurden auf seinem Weg hinweggewischt und Flüsse aus ihrem Lauf gedrängt. Aber Dschingis Khan war nicht nur die „Geißel Gottes“, ein Stürmer ohne Zweck und Ziel, er

war auch zugleich der „Vollkommene Held“, der „Herrscher über Kronen und Throne“, und hier stoßen wir auf das Rätsel, das ihn umgibt. Ein Romane, ein Jäger und Hirt bricht die Macht dreier Kaiserreiche; ein Barbar, der nie eine Stadt gesehen hat und des Schreibens unfähig ist, stellt für fünfzig Völker Gesetze auf. Sein Reich dehnte sich über ganz Asien aus, vom heutigen China und Japan bis in die Türkei, vom Tibet bis zur Wolga — so fest zusammengeschnitten, daß sein Sohn das Erbe widerspruchslos antreten konnte und noch der Enkel, Kubilai Khan, diesen Machtbesitz erweiternd, unferren Erdteil heimfuchte, um durch seinen Sieg auf deutschem Boden bei Peking die Völker Europas in Schreden zu setzen. Mit einer Intensität ohnegleichen schildert die Biographie des Dschingis Khan jenes ungeheure Drama der Weltgeschichte, das gegenwärtig infolge des Wiederaufwachens der Kräfte im Osten eine starke Aktualität gewonnen hat.

Weißwasser und Schwarzwasser. „Die bestausgerüstete Expedition, die jemals New York verlassen hat“, schreiben die amerikanischen Zeitungen, als Gordon MacCreagh und weitere sieben hervorragende Zeitgenossen nach Südamerika aufbrachen, um einen unbefannten Fluß, einen sagenhaften See und fragliche Indianerstämme zu entdecken. Daß die „beste Ausrüstung“ größtenteils aus Ballast bestand, erfährt man erst jetzt. MacCreagh enthält dies in seinem Buch „Weißwasser und Schwarzwasser“. Ein unwissenschaftlicher Bericht über zwei Jahre Abenteuer am Rio Beni und Rio Negro (mit 44 Abbildungen und 1 Karte. Gesheftet 8,50 M., Leinen 10 M., F. A. Brockhaus, Leipzig), der originellsten Neugierde über eine Forscherfahrt, die je geschrieben wurde. Der Autor schildert, wie sich acht „hervorragende Gelehrte“ im Urwald freiten, während Eingeborene nottut. Creagh ist ein Däumling ins Schriftstellerische übertragen. Er darf sich sozusagen den ersten Psychologen unter den Forschungsreisenden nennen, der seine Kunst nicht nur an den „Wilden“, sondern respektvollerweise auch an seinen Reisegefährten erprobt. Er bringt nichts, was in völkischer und länderkundlichen Werken sonst steht. So schafft er ein halb grinsendes, halb liebevoll spötelndes, jedenfalls aber zweifelschütterndes Bild davon, wie es hinter den Kulissen einer naturgemäß aus widerstrebenden Elementen zusammengesetzten großen Expedition zugeht.

WEIHNACHTS-VERKAUF

Herren- und Damenstoffe * Samt * Seide * Wäschestoffe * Baumwollstoffe
Haushaltungsstoffe * Tisch-, Reise-, Schlaf- und Steppdecken * Gardinen * Taschentücher

Leipheimer & Mendel

TORPEDO
DEUTSCHE KLEIN SCHREIBMASCHINE



AUF DEN WEIHNACHTSTISCH

TORPEDO-FAHRRÄDER U. SCHREIBMASCHINEN
WEILWERKE A.G. FRANKFURT A. MAIN-RODELHEIM
Auf Wunsch kleine Anzahlung, bequeme Teilzahlung.

Günstige Teilzahlungs-Bedingungen!
Unverbindliche Vorführung durch den Hauptvertreter
Otto Lampson * Karlsruhe
Büromaschinen — Büroeinrichtungen
43 Telephone 508 Friedrichsplatz 10

500-1000 RM. Monatsverdienst!

Für vornehme, ges. gesch. Reklamesache wird bezirksweise je ein tüchtiger Alleinvertreter gesucht. Nöt. Kapital 200-600 RM., monatl. Verdienst 500-1000 RM. Offerten an Postf. Transit 309 Bern (Schweiz). 188

Grethart 1929
Jahrbuch für das Badnerland

Eugen Fischer, Volk und Heimat
Otto Hoerth, Oberbadische Maler des 19. Jahrhunderts
J. J. J. J., Bruchsaler Musik im 18. Jahrhundert
Dichtungen von Emil Belzner, Friedrich Singer, Toni Rothmund
Unveröffentlichte Federer-Briefe
Beiträge von Anton Fendrich, Max Walter u. a.
Badische Schnurren und Anekdoten und viele Bilder
Notenbeilage: Hans-Thoma-Abschiedsgruß, Opus 21 von Franz Philipp

Humor, Mundart, lyrische und epische Dichtung, Kunst und Musik, Volksbräuche und Religion der Südwesmark

Aber 30 Beiträge auf 116 Seiten, Gr. 8°, mit vielen teils ganzseitigen Bildern
Preis nur 3 RM.

Verlag G. Braun, Karlsruhe

D. 181. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma Strumpfhaus Landsmann, Inhaber Will Landsmann in Karlsruhe, Waldstraße 95, wurde heute vormittags 10½ Uhr Konkurs eröffnet. Konkursverwalter ist Decid. Bücherrevisor Moritz Seifertfeld, Karlsruhe, Kreuzstraße Nr. 3. Konkursforderungen sind bis zum 3. Januar 1929 beim Gerichte anzumelden. Termin zur Wahl eines Verwalters, eines Gläubigerausschusses, zur Entscheidung über die in § 182 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände ist am Freitag, den 4. Januar 1929, vormittags 11 Uhr, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen am: Freitag, den 25. Januar 1929, vormittags 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Karlsruhe, Akademiestraße 8, 2. Stod, Zimmer Nr. 150. Über Gegenstände der Konkursmasse besteht oder zur Masse etwas schuldet, darf nicht mehr an den Gemeindefiskus leisten. Der Besitz der Sache und ein Anspruch auf abgeforderte Befriedigung daraus ist

dem Konkursverwalter bis 3. Januar 1929 anzugeben.
Karlsruhe, 6. Dez. 1928.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 4.

D. 184. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Süddeutsche Dampf- und Weinbrennerei B. Obenheimer A. G. in Karlsruhe, Gottesauer Straße 6, ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeichnis der bei der Verteilung zu berücksichtigenden Forderungen, zur Beschlussfassung über die nicht verwertbaren Vermögensstücke und die Festsetzung der Vergütungen und Auslagen der Gläubigerausschussmitglieder sowie zur Festsetzung der Vergütung und Auslagen des Verwalters sowie zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Schlusstermin bestimmt auf: Samstag, den 22. Dezember 1928, vormittags 9 Uhr, vor dem Amtsgericht hier, Akademiestraße 4, 1. Stod, Zimmer Nr. 84.

Karlsruhe, 4. Dez. 1928.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 8.

Freihändiger Vorverkauf
von Weißbuchen und Notulmen.
Bad. Forstamt Schweigingen am Mittwoch, 19. Dez. 1928: ca. 40 fm Weißbuchen Kl. IV-VI und ca. 130 fm Notulmen Kl. II-IV. Auskunft durch das Forstamt. D. 190

Freihändiger Buchenstammholzverkauf.
Bad. Forstamt Stodach am Donnerstag, 20. Dez. 1928: ca. 800 fm Rotbuchenstammholz. Losverzeichnisse mit Zahlungsbedingungen durch das Forstamt. D. 191

Starkholzsubmmission.
Forstamt II Forbach (Wd.) am Mittwoch, 19. d. M., nachm. 4 Uhr: ca. 1000 fm Tannen- u. Fichtenstämme und -abschnitte I. u. II. Kl. domänenärztlicher Verrechnungsbüro im Schifferswaldsdistrikt „Hornwald“. Losverzeichnisse durch das Forstamt. D. 189

Das Stoffamt der Reichsbahndirektion Karlsruhe versteigert Donnerstags, 13. 12. 28, beginnend 8 Uhr, gegen Barzahlung im Gerätehauptlager Karlsruhe, alter Personenbahnhof, Eingang Müppurter Straße, alte Geräte, darunter: Bänke, Tische, Schraubstöcke, Winden, Karren, Werkzeuge, Koffhaas, Leinwand, abfalle, Fitzstiefel, Abfallholz, Eisenschrot. D. 185

Einsehens.
Güterverzeichnisse Bd. I Seite 314: Hilspach, G. Wilhelm, Bierbrauereibesitzer in Einsehens, und Anna geb. Leibfried: Vertrag vom 9. Oktober 1928. Gütertrennung an Stelle der Erbschaftsgemeinschaft. 4. Dez. 1928. Amtsgericht. Eittingen. D. 168

Badisches Landestheater
Mittwoch, 12. Dezember
*A 11. Zg. Gem. 1401-1550 und 101-150

Genoveva
Königliche von Hebbel
Regie: Baumbach
Mitwirkende:
Frauendorfer, Schreiner, Ziegler, Vortfeldt, Brand, Dahlen, Gemmeke, Graf, Herz, Hielt, Jakob, Kuhne, Mehner, Ritter, Schneider, Schulze, v. d. Trend
Anfang 19°, Ende 22°, Preise A (0,70-5,00 RM.)
Do., 13. Dez., Die Britanerin.
Fr., 14. Dez., Holmspolus.
Sa., 15. Dez., Kasperle auf Weihnachtsbaum.
Abends: Perlenklobdie So., 16. Dez., Kasperle auf Weihnachtsbaum.
Abends: Mona Lisa.
Im Konzertsaal:
Der Fußballkönig.
Mo., 17. Dez., Der Schwarz-Künstler. In der Festhalle:
3. Volksinfoniekonzert.

Colosseum
tägl. 8 Uhr, Sonntags 4 und 8 Uhr
REVUE DIES und DAS
36 Bilder, 70 Mitwirkende, darunter die Weltattraktion Jackman zum erstenmal in Deutschland.